

Offener Brief von Vertretern der Zivilgesellschaft an die Grünen Basis:

Es ist noch nicht vorbei: Das NEIN zu CETA darf keine Hintertüren offen lassen!

Sie sind in den Hintergrund geraten, weil wir viele andere große und neue Probleme haben, aber auch, weil es Teil der Strategie ist, so lange Zeit verstreichen zu lassen, bis wir uns nicht mehr an sie erinnern:

Es geht um die leidigen Handelsabkommen, der sogenannten „neuen Generation“, wie CETA (EU-Kanada), das momentan auf eisliegende TTIP (EU- USA), TiSA und weitere.

Wir erinnern uns: 2015 entstand eine fulminante Bürgerbewegung gegen diese Art von Freihandelsabkommen, die eine Gefahr darstellen, für unsere Demokratie, Rechtsverfasstheit und das von vielen Bürger*innen geteilte Ziel, so bald als möglich eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu erreichen.

Größtes Symbol dieser Gefährdung waren und sind die **Investor-Staats-Schiedsgericht**, die es privaten Akteuren ermöglichen, den Staat zu verklagen, wenn aufgrund staatlicher Regulierung zum Beispiel zum Schutz der Umwelt, Gewinne entfallen: Aktuelles Beispiel: Klage von Vattenfall vor einem Schiedsgericht der Weltbank gegen die Bundesregierung wegen des Atomausstieges auf 4,7 Milliarden Schadensersatz.

Der Protest gipfelte damals in der größten Protest-Demo seit dem Irakkrieg mit 250.000 Bürger*innen und Bürgern in Berlin. Der weitere Verlauf: TTIP wurde auf Eis gelegt, weil Trump gewählt wurde und kein Interesse hatte, doch CETA, das Abkommen mit Kanada, wurde vom EU-Parlament und Kanada ratifiziert und ist jetzt in der sogenannten vorläufigen Anwendung. Das bedeutet: das Abkommen gilt schon, außer genau die Aspekte, die im Zentrum unserer Kritik standen:

die Schiedsgerichte und die sogenannte regulatorische Kooperation.

Bei letzterer werden Ausschüsse der Vertragspartner gebildet, die von nicht gewählten Verwaltungsmitarbeitern besetzt, dann die Macht haben, weitere Deregulierungen der Märkte zu beschliessen, OHNE dass die Parlamente der Vertragspartner noch einmal zustimmen müssen. Das ist demokratiepolitisch hoch brisant!

Was jetzt noch aussteht, ist die Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedsländern der EU. 15 haben es schon getan, mit Zypern hat jedoch das erste Land dagegen gestimmt und in den Niederlanden tobt gerade ein heißer Kampf. Die an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten haben gesagt: wir können CETA aufgrund der bekannten Kritik nicht zustimmen.

Was jetzt passiert, kennen wir schon: es wird versucht glaubhaft zu machen, dass CETA noch gerettet werden kann. Dass man Zusatzprotokolle vereinbaren kann, die die uns so wichtigen Werte schützen sollen. Doch Tatsache ist: CETA selbst kann nicht mehr verändert werden, da es schon von Kanada ratifiziert und in der vorläufigen Anwendung ist. Es kann nur Zusatzvereinbarungen außerhalb des Vertragswerkes geben und was gerade diskutiert wird, ist ein Mechanismus, der nur von EU-Seite eingesetzt werden würde und daher an der Verbindlichkeit von Schutz-Regelungen nur sehr wenig ändert.

Dieses CETA ist nicht mehr zu retten und deswegen haben wir die Aufgabe, es in aller Klarheit abzulehnen!

Die Grünen Baden-Württemberg könnten am Ende ein Zünglein an der Waage sein. Denn wenn es zur Ratifizierung in Deutschland kommt, muss neben dem Bundestag auch der Bundesrat zustimmen.

Können die Bürger*innen sich dann, bei einer weiteren Regierungsbeteiligung, auf ein Grünes

NEIN verlassen? Aus früheren Äußerungen wurde deutlich: Ministerpräsident Kretschmann scheint die Blockade-Wirkung eines CETA bei der Umwelthematik nicht zu stören, deswegen ist es von großer Wichtigkeit, was jetzt ins Parteiprogramm geschrieben wird!!

Die ursprüngliche Formulierung zu CETA im grünen Programmvorschlag enthielt zunächst folgenden Satz:

„Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, das Abkommen im Sinne der oben genannten Kriterien zu verändern, solange es noch nicht endgültig in Kraft gesetzt ist.“

Eventuell wird nun noch die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts angeführt, die man abwarten möchte. Doch auch wenn CETA gerade noch knapp verfassungskonform ist, sagt das rein gar nichts darüber aus, ob es den klar definierten grünen Maßstäben für eine faire Handelspolitik genügt: **und das ist offensichtlich nicht der Fall!** Am Ende ist das alles Taktiererei: CETA ist nicht mehr veränderbar, deswegen kann und muss es jetzt eine sattelfeste Positionierung geben, ohne irgendeine Hintertür!

Heute darf es nicht mehr um pauschales, oft auch schädliches Wirtschaftswachstum gehen, das dann garniert wird mit ein bisschen Umweltschutz und Vorsorgeprinzip. **Angesichts der heutigen Herausforderungen muss es darum gehen, durch internationale Abkommen die dringend nötige ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft aktiv zu befördern!** Wir brauchen deswegen einen Neustart in der Handelspolitik und die ist mit einem CETA nach Maßstäben von vorgestern schlicht nicht zu machen.

Beim Parteitag wird es kritische Änderungsanträge zum momentanen Programmentwurf geben, die die Aussagen zu CETA in ein sattelfestes NEIN umwandeln wollen, unter anderem einen der LAG Europa:

K16-065 Bleiben wir der Welt verbunden und in Europa zuhause
Antragsteller*in: LAG Europa

Bitte unterstützt die kritischen Änderungsanträge für ein eindeutiges NEIN zu CETA!

CETA soll die Blaupause für alle zukünftigen Handelsverträge der EU sein. Es ist deswegen von allergrößter Wichtigkeit, dass CETA so wie es jetzt ist (und auch definitiv bleiben wird), nicht ratifiziert werden darf.

Vielen Dank für euren Einsatz.

Mit besten Grüßen,

Sarah Händel (Landesgeschäftsführerin, Mehr Demokratie e.V)
Dr. Brigitte Dahlbender (Landesvorsitzende, Bund)
Martin Gross (Landesbezirksleiter, ver.di)
Martin Kunzmann (Vorsitzender, DGB)
Svenja, Gruss (Diözesansekretärin, KAB)
Alex Habermeier (Landesgeschäftsführer, Naturfreunde Württemberg)
Ludwig Essig (Netzwerk gerechter Welthandel BaWü)
Mark Lawrence (Attac)
Karl Bär (Umweltinstitut München e.V.)

